



Personen – Fakten - Trends

Lateran-Universität: Studiengang für Konfliktforschung

Die Päpstliche Lateran-Universität in Rom bekommt einen eigenen Studiengang für Friedens- und Konfliktforschung. Das interdisziplinäre Angebot steht Klerikern, Ordensleuten und Laien offen. Angesichts eines wachsenden Bedarfs an Konfliktprävention und Konfliktlösung müsse die Kirche solche Initiativen unterstützen, schrieb Papst Franziskus in einem Grußwort an Großkanzler Kardinal Angelo De Donatis.

Der neue Studiengang soll Erkenntnisse aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ebenso vermitteln wie aus Rechtswissenschaften, Philosophie und Theologie. Nach drei Jahren ist ein Bachelor-Abschluss möglich, nach zwei Jahren Spezialisierung ein Lizentiat.

An der 1773 gegründeten Universität nahe der Lateranbasilika werden schwerpunktmäßig Theologie, Philosophie sowie Zivil- und Kirchenrecht gelehrt. Im Sommer ernannte der Papst mit dem Völkerrechtler Vincenzo Buonomo erstmals einen Laien zum Rektor.

Vatikan stoppt US-Bischöfe

Mit einer überraschenden Intervention des Vatikan hat die Herbsttagung der US-amerikanischen Bischofskonferenz begonnen. Auf Bitten Roms verschoben die Bischöfe ihre geplanten „Maßnahmen zum Umgang mit dem Missbrauchsskandal“. Die US-Bischöfe seien in einem Schreiben der vatikanischen Bischofskongregation darum gebeten worden, das für Februar 2019 vom Papst einberufene Welttreffen der Bischöfe im Vatikan zu diesem Thema abzuwarten, erklärte der Vorsitzende der Bischofskonferenz Kardinal Daniel DiNardo zur Überraschung der versammelten Amtskollegen.

Ursprünglich wollten die rund 350 US-amerikanischen Bischöfe im Rahmen ihrer dreitägigen Versammlung in Baltimore eine Laienkommission schaffen, die das Aufklärungsbemühen der Bischöfe bzgl. Missbrauchsfällen untersuchen sollte. Grundsätzlich bestehe Einigung darüber, dass die Bischofskonferenz eine externe Organisation beauftragen solle, um Missbrauchsanzeigen gegebenenfalls direkt an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten, sagte der Sprecher der Bischöfe, James Rogers, vor der Tagung.

Nuntius Erzbischof Pierre erklärte vor den Bischöfen in Baltimore, dass Rom unter anderem Schwierigkeiten mit der Auslagerung von klerikaler Verantwortung habe. Er sprach von der "Versuchung", die Verantwortung zur Reform anderen zu übergeben.

Sprecher der Opferverbände reagierten auf die Intervention aus Rom mit Misstrauen, Ärger und Skepsis. Anne Barrett Doyle von der Organisation "BishopAccountability.org" erklärte, das Handeln des Vatikan sei "unglaublich". Sie wertete den Eingriff als "Versuch, selbst bescheidenen Fortschritt der US-Bischöfe zu unterdrücken".

Bolivien: Präsident Morales will 2019 erneut kandidieren

Die bolivianischen Bischöfe warnen vor einer erneuten Kandidatur von Evo Morales fürs Präsidentenamt. Zum Auftakt ihrer Herbstvollversammlung appellierten sie an das Wahlgericht ihres Landes, das Referendum über eine Verfassungsänderung zu respektieren. Bei der Volksabstimmung 2016 hatte es eine knappe Niederlage für die regierenden Sozialisten gegeben.

Morales will trotz der Ablehnung durch die bolivianischen Wähler bei den Präsidentschaftswahlen 2019 antreten.

Das Wahlgericht müsse im Dienst der Verfassung stehen, sagte der stellvertretende Generalsekretär der Bolivianischen Bischofskonferenz, Jose Fuertes, lokalen Medienberichten zufolge. Eine Entscheidung über die Zulassung der Kandidaten wird für den 8. Dezember 2018 erwartet.

Chile: Schadensersatz für Missbrauchsoffer

Das Erzbistum der chilenischen Hauptstadt Santiago wird ersten Ankündigungen zufolge umgerechnet 575.000 Euro Schadensersatz an Missbrauchsoffer des katholischen Priesters Fernando Karadima bezahlen müssen.

Juan Carlos Cruz, einer der Betroffenen, sprach von einem historischen Urteil, welches «die Kardinäle Errazuriz, Ezzati und ihre Bande von Bischöfen als das zeigt, was sie sind: eine Gruppe von Kriminellen.» Die 450 Millionen Peso Schadenersatz sind laut der Tageszeitung «La Tercera» die bislang höchste Schadenersatzsumme, die Opfern von Missbrauchsfällen in Chile zugesprochen wurde.

Fernando Karadima war 2011 wegen einer ganzen Serie von Sexualdelikten verurteilt worden. Nach Angaben der chilenischen Staatsanwaltschaft gibt es in der katholischen Kirche derzeit mehr als 100 offene Missbrauchsfälle. Dutzende von Priestern sowie auch Bischöfe sollen darin verwickelt sein.

Papst Franziskus hatte Karadima (88) Ende September 2018 in den Laienstand zurückversetzt. Es sei notwendig gewesen, «das Übel an der Wurzel zu packen», sagte Vatikansprecher Greg Burke damals. «Karadimas schwerwiegende Straftaten haben in Chile einen außergewöhnlich großen Schaden verursacht.»

Indien: Streit um Tempelzutritt für Frauen

Indiens Regierungspartei BJP unterstützt die Position radikaler Hindus, die trotz einer anderslautenden Gerichtsentscheidung Frauen den Zugang zum Sabarimala Tempel im indischen Bundesstaat Kerala verwehren.

Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofes Indiens muss der Tempel seit Mitte Oktober auch Frauen im menstruationsfähigen Alter zwischen 10 und 50 Jahren den Zutritt gewähren. Radikale Hindus blockieren jedoch den Zugang zum Tempel. Die Polizei nahm Medienberichten zufolge bislang rund 2.000 Menschen fest.

Der BJP-Vorsitzende Amit Shah warf der Landesregierung von Kerala vor, durch die Verhaftung von Tempelblockierern gläubige Hindus zu unterdrücken. Das ganze Land stehe jedoch hinter ihnen und ihrem Kampf für ihre Rechte, wird Shah zitiert. Dem Obersten Gericht warf der Parteichef vor, realitätsferne Urteile zu fällen. Die Richter sollten nur solche Urteile sprechen, die sich auch durchsetzen ließen. Das Gericht hatte das Tempel-Eintrittsverbot für Frauen in seinem Urteil Ende September als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung gewertet und aufgehoben.

Kerala wird von der Parteienkoalition "linke Demokratische Front" unter Führung der Kommunistischen Partei regiert. Damit gehört der südindische Bundesstaat zu den sieben der 29 indischen Bundesstaaten, die noch nicht von der BJP kontrolliert werden.

Der dem Gott Ayyappa geweihte Sabarimala-Tempel gilt als eine der wichtigsten hinduistischen Pilgerstätten. Trotz seiner Abgelegenheit in den Bergen der Westghats ist der Tempel eines der größten Wallfahrtsziele Indiens mit Millionen Pilgern jährlich.

In der hinduistischen Tradition gelten menstruierende Frauen als "unrein". In manchen Teilen Indiens werden Frauen für die Dauer der Monatsblutung sogar aus der familiären und dörflichen Gemeinschaft ausgeschlossen.

Südafrika: Sammelklage von Minenarbeitern

Die Südafrikanische Bischofskonferenz hat Bergarbeitern ihre Unterstützung bei einer Sammelklage gegen die Kohleindustrie des Landes zugesichert. Laut Medienberichten werden mehrere Konzerne von Bergleuten verklagt, nachdem diese an der sogenannten Kohlenstaublunge erkrankt waren. "Jahrzehntelang haben Kohlebergwerksbetriebe zugelassen, dass ihre Arbeiter unsicheren Mengen an Kohlestaub ausgesetzt waren", erklärte

der Vorsitzende der Friedens- und Gerechtigkeitskommission, Bischof Abel Gabzua laut KNA. "Jetzt müssen sie ethische und rechtliche Verantwortung für die Kranken übernehmen."

Wie die Bischöfe in einer Presseerklärung mitteilten, sei bereits die Tatsache, dass Hunderte Minenarbeiter in Südafrika mit der Krankheit lebten, eine "Anklage gegen die Gier im Bergbausektor". Dieser habe Gewinn seit jeher über das Wohlergehen seiner Arbeiter gestellt. Darüber hinaus erinnere die Sammelklage daran, dass Südafrikas Wirtschaft, die zweitgrößte des Kontinents, "dringend" auf nachhaltige Energie umsteigen müsse. Derzeit ist das Land für die Stromgewinnung überwiegend auf Kohle angewiesen.

Bei der Sammelklage werden die Arbeiter der Kohleindustrie von Rechtsanwalt Richard Spoor vertreten, der im vergangenen Jahr mit einer Klage gegen die Goldindustrie des Landes eine Entschädigung in Höhe von umgerechnet 300 Millionen Euro für Arbeiter erwirkt hatte, die an Silikose und Tuberkulose erkrankt waren.

Myanmar: Generäle unter internationalem Druck

Der katholische Bischof von Pyay in Myanmar, Alexander Pyone Cho, hat eine dauerhafte Lösung des Konflikts um die verfolgte Minderheit der Rohingya gefordert. Zur Diözese Pyay gehört die Provinz Rakhine, das Siedlungsgebiet der Rohingya. In einem Interview mit dem asiatischen Pressedienst Ucanews appellierte der Bischof an die internationale Gemeinschaft, nicht nur Druck auf Myanmar auszuüben, sondern die betroffenen Parteien auch bei der Suche nach einer Lösung des Problems zu unterstützen.

Bischof Cho verwies auf die unterschiedlichen Perspektiven der internationalen Gemeinschaft und Myanmars. Das Ausland stelle die Menschenrechtsverletzungen an den muslimischen Rohingya in den Vordergrund, während es Myanmar um seine Souveränität gehe. Staatsrätin Aung San Suu Kyi befinde sich deshalb auf „schwieriger Mission“ zwischen dem immer noch mächtigen Militär und den hohen internationalen Erwartungen.

Laut Ucanews übergab Bischof Cho der Regierung von Rhakine bei einer interreligiösen Zeremonie in Sittwe Ende September 2018 eine Spende von Papst Franziskus in Höhe von 100.000 US-Dollar. Das Geld sei für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Gemeinschaften vor Ort bestimmt gewesen. Etwa 63 Prozent der Einwohner Rakhines sind den Angaben zufolge Buddhisten, 34 Prozent Muslime, 1,4 Prozent Christen und 0,5 Prozent Hindus.

Im November 2017 hatte Franziskus als erster Papst überhaupt Myanmar besucht. Seit Ende August 2017 vertrieb die Armee von Myanmar nach Angriffen von Rebellen-Gruppen mit äußerster Brutalität mehr als 700.000 Rohingya nach Bangladesch. Die Vereinten Nationen werfen Myanmar ethnische Säuberung vor und fordern eine Strafverfolgung von Armeeführer Min Aung Hlaing und fünf weiteren Generälen wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord.

Papstwähler unter der Lupe

Eine von wohlhabenden amerikanischen Katholiken unterstützte Forschergruppe will alle 124 derzeit als Papstwähler zugelassenen Kardinäle auf ihre mögliche Beteiligung an Skandalen überprüfen. Wie das auf Kirchenthemen spezialisierte US-Portal "Cruz" berichtete, will die "Gruppe für bessere Kirchenleitung" (Better Church Governance Group) bis April 2020 ihren "Rote-Hüte-Report" (Red Hat Report) vorlegen. "Wir müssen immer bereit sein für ein Konklave", so der Projektleiter Jacob Imam.

Laut "Cruz" will die private Gruppe 2019 rund 1,1 Millionen Dollar (950.000 Euro) für die Untersuchung jedes Mitglieds des Kardinalskollegiums ausgeben. Der "Rote-Hüte-Report" soll den Angaben zufolge von einem Team von rund 100 Forschern, Wissenschaftlern, Ermittlern und Journalisten erstellt werden, darunter auch ehemalige Mitglieder des FBI. Ziel sei, "die Hierarchie der katholischen Kirche für Missbrauch und Korruption zur Rechenschaft zu ziehen" und mehr "Ehrlichkeit in der Kirchenleitung" zu erreichen.

Der US-Psychotherapeut Richard Sipe, über dessen Tod imprimatur in der Ausgabe 3/2018 berichtete, hatte in Kommentaren und Vorträgen wiederholt darauf hingewiesen, dass am Konklave 2013 mindestens 11 Kardinäle teilnahmen, die „bis zur Halskrause in Missbrauchsskandale verwickelt waren“.

Zimbabwe: Katholische Kirche setzt auf Reformen

Fast ein Jahr nach dem Machtwechsel in Zimbabwe im November 2017 hoffen die katholischen Bischöfe auf erfolgreiche Reformen durch die neue Regierung. Zugleich sorgen sie sich aber auch, dass ihrem Land der Ausverkauf drohen könnte, da China zum wichtigsten Wirtschaftspartner geworden sei, erklärte der Oberhirte der Diözese Chinhoyi, Raymond Mupandasekwa, anlässlich seines jüngsten Besuchs beim Internationalen katholischen Missionswerk missio in München.

Er nannte es ein viel versprechendes Zeichen, dass der neue Präsident Emmerson Mnangagwa sein Kabinett mit kompetenten Leuten besetzt habe. Für die nötigen Reformen seien allerdings umfangreiche Investitionen durch finanzstarke ausländische Konzerne notwendig.

Wenn diese Hilfe nicht aus dem Westen komme, werde sich Zimbabwe langfristig anderen Partnern zuwenden.

Chinesische Investitionen sind nach den Worten von Mupandasekwa selten an Bedingungen geknüpft, wie beispielsweise an die Einhaltung der Menschenrechte. Aber letztlich dienen Länder wie Zimbabwe als Quelle für Rohstoffe und als Absatzmarkt für chinesische Produkte. "Wenn aus dem Westen kein Geld kommt, dann verkaufen afrikanische Regierungen ihre Seele eben an China", ist der Bischof überzeugt. "China gibt sein Geld ohne Auflagen und plündert uns aus."

Philippinen: Rechtsstatus für „Mutter Erde“

Katholische Organisationen auf den Philippinen haben die Initiative "Rights of Nature" (Rechte der Natur) ins Leben gerufen. Ziel ist den Angaben zufolge die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt. "Das ist ein revolutionäres Konzept", sagte Yolanda Esguerra, Leiterin des Netzwerks Philippine Misereor Partnership (PMPI), der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

"Bislang wurde Umweltzerstörung nur aus der Perspektive des Menschen gesehen. Was die Zerstörung eines Ökosystems für das Wohlergehen eines anderen Ökosystems bedeutet, findet bislang kaum Beachtung", so Esguerra. PMPI ist ein vom deutschen katholischen Hilfswerk Misereor unterstützter Zusammenschluss kirchlicher und weltlicher Organisationen. Edwin Gariguez, Generalsekretär der philippinischen Caritas, betonte: "Wir müssen gegen diese Gier der Unternehmen vorgehen." Gemeinsam mit Yolanda Esguerra habe er bereits erste Gespräche mit Parlamentsabgeordneten über das Konzept "Rights of Nature" geführt. Die Idee, die Natur als eigenes Rechtssubjekt anzuerkennen, ist nicht neu. In Ecuador wurde ein entsprechendes Vorhaben 2008 in die Tat umgesetzt. 2010 verabschiedete Bolivien eine "Deklaration der Rechte der Mutter Erde".

Zach Heiner - neuer Chef von SNAP

Zum neuen Verwaltungschef der Kinderschutzorganisation „Survivors Network of those Abused by Priests“ (SNAP) wurde der Informatik-Spezialist Zach Heiner (31) berufen. Der Hauptsitz von SNAP, das sich seit seiner Gründung 1989 durch die inzwischen verstorbene Barbara Blaine um die Opfer klerikaler Gewalttäter kümmert und inzwischen weltweit 25.000 Mitglieder hat, ist in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri.

In seiner Ausgabe 2/2017 hatte imprimatur unter dem Titel „Kesseltreiben gegen SNAP“ über die anhaltende Kontroverse zwischen den US-Bischöfen und der Schutzorganisation berichtet.